

FELDKIRCH

Stadttunnel-Streit: Bürgerinitiative schöpft den Instanzenzug voll aus

Tunnelgegner ziehen wie angekündigt vor den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Landesstatthalter Rüdissler demonstriert Gelassenheit.

Der seit Jahren tobende juristische Streit um den Stadttunnel Feldkirch geht weiter. Die Bürgerinitiative „statt Tunnel“ zieht nun wie angekündigt vor den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Die Tunnelgegner, die nicht an die prognostizierte Verkehrsentslastung glauben, schöpfen damit den innerstaatlichen Instanzenzug voll aus. „Wir geben nicht auf und sehen durchaus Chancen“, gibt sich Initiativensprecherin Friederike Egle kämpferisch. Das ändert freilich nichts daran, dass das Land als Projektbetreiber wie angekündigt im Herbst mit den ersten vorbereitenden Bauarbeiten für das 253 Millionen Euro schwere Infrastrukturprojekt starten wird. Da der außerordentlichen Revision nicht automatisch aufschiebende Wirkung zukommt, liegt nun wie berichtet ein gültiger Baubescheid vor.

„Kein faires Verfahren“. Noch fehlt die Bürgerinitiative gemeinsam mit ihrer Anwältin, der ehemaligen liechtensteinischen Landtagsabgeordneten Andrea Matt, an der schriftlichen Ausarbeitung der Rechtsmittel, die spätestens am 2. August in Wien einlangen müssen. Wo genau will die Bürgerinitiative nun einhaken? „Es geht im Wesentlichen um die Vorgehensweise beim UVP-Verfahren, die es Kritikern fast unmöglich macht, ihre Bedenken so vorzubringen, dass sie auch gehört werden“, erklärt Egle. Die Initiative sieht sich somit in ihrem Recht auf ein „faires Verfahren mit gleichen Mitteln“ verletzt und wird dies beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) vorbringen. Beson-

ders eingeschossen hat sich die Initiative auf den Verkehrsgutachter Karl Schönhuber. Die Tunnelgegner halten den vom Bundesverwaltungsgericht bestellten Gutachter für befangen. „Er hat bei den Vorbereitungen zum UVP-Verfahren des Stadttunnels mitgewirkt und bekommt regelmäßig Aufträge von der Landesregierung“, moniert Egle. Das BVwG ist hingegen zu dem Schluss gekommen, dass der Gutachter keineswegs befangen ist: „Der Umstand, dass ein Amtssachverständiger des Landes in einem Verfahren, in welchem das Land als Partei beteiligt ist, auftritt, stellt (...) keinen wichtigen Grund (...) dar, der geeignet ist, die volle Unbefangenheit des Amtssachverständigen in Zweifel zu setzen“, heißt es in dem 140-seitigen Papier.

Weiters stößt sich die Bürgerinitiative an der rechtlichen Auslegung der Alpenkonvention, die unter anderem den Neubau von Transitstraßen durch die Alpen verbietet. Nach Meinung der Initiative fällt der Stadttunnel nämlich unter die Bestimmungen der Alpenkonvention, auch wenn es sich um keine hochrangige Straße handle. Zudem sind die Tunnelgegner der Auffassung,

dass die Bevölkerung unzureichend beteiligt wurde. Auch die Begleitmaßnahmen, wie etwa Geschwindigkeitsbeschränkungen, sind laut Egle nicht ausreichend geprüft worden.

Reaktionen. Landesstatthalter Karl-Heinz Rüdissler reagiert relativ gelassen auf das Vorhaben der Bürgerinitiative. „Die Entscheidung ist zu akzeptieren, wir haben schon damit gerechnet.“ Allerdings gibt er zu bedenken, dass jede weitere Verzögerung eine Kostensteigerung bedeute. Dass der Beschwerde aufschiebende Wirkung zukommt, glaubt Rüdissler nicht. „Erfahrungsgemäß wird so ein Antrag abgewiesen. Die ersten geplanten Baumaßnahmen und Ausschreibungen werden heuer jedenfalls wie geplant durchgeführt.“

Harsche Kritik kommt vonseiten der Feldkircher FPÖ. Stadtrat Thomas Spalt wirft der Initiative vor, „bürgerfeindliche Verhinderungspolitik“ zu betreiben. Die Tunnelgegner würden eine weitere Verfahrensverzögerung „ganz bewusst provozieren“ und gegen die Interessen der verkehrsgeplagten Bevölkerung handeln.

Jörg Stadler

joerg.stadler@neue.at

„Der vom Gericht bestellte Verkehrsgutachter ist unserer Meinung nach eindeutig befangen.“

Friederike Egle,
Bürgerinitiative



Weil tatsächlich mit Wasser gespritzt wird, wird das Kräfte-messen auch als Nasswett-kampf bezeichnet.

PHILIPP
STEURER



Heute und morgen stehen die Feuerwehr-Nasswettkämpfe in den Bezirken Bludenz und Bregenz auf dem Programm.

Von Michael Steinlechner

michael.steinlechner@neue.at

Der Juli ist für die Wettkampfgruppen der Feuerwehren des Landes ein stressiger Monat. Denn in kurzer Folge stehen die beiden wichtigsten Ereignisse des Jahres auf dem Programm. Am ersten Wochenende des Monats geht traditionell der Landesleistungsbewerb über die Bühne. Dort wartet auf den Sieger der prestigeträchtige „Goldene Helm“. Heute vor zwei Wochen hat sich die Feuerwehr Übersaxen diese Trophäe gesi-